

PRESSESCHAU
der CDU in Pankow
Juni 2026

Datum: 03.06.2026	Medium: Tagesspiegel
Tagesspiegel	Autor: Christian Hönicke Thema: Jörn Pasternack

Schulplatznot in Pankow wächst weiter

Der Tagesspiegel berichtet über die Entwicklung der Schulplatzsituation in Pankow. Schulstadtrat Jörn Pasternack verweist auf laufende Ausbau- und Neubauprojekte.

Lieber Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

Online-Quelle:

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/pankow/platznot-an-grundschulen-in-berlin-pankow-neue-engpasse-neue-kinderzahlen-diese-viertel-stehen-vor-grossen-umwalzungen-15667904.html>

Datum: 06.06.2026	Medium: Die Zeit
Die Zeit	Autor: dpa Thema: Dirk Stettner

Großstadt-Probleme

Prostitution und Drogen in Kurfürstenstraße – Protest



Die Berliner CDU will den Straßenstrich in der ganzen Stadt verbieten - nicht nur in der Kurfürstenstraße.
(Symbolbild) © Britta Pedersen/dpa

Prostitution tagsüber auf der Straße, offener Drogenhandel, Gewalt und Verwahrlosung prägen einen Teil der Kurfürstenstraße in Mitte und Schöneberg. Die Nachbarn leiden seit Jahren unter den Zuständen und wollen nun öffentlich protestieren. «Unser Kiez, unser Zuhause», heißt eine für den 25. Juni geplante Demonstration auf dem Zwölf-Apostel-Kirchplatz.

Die Anwohner fordern ein Sperrgebiet gegen Straßenprostitution in der Nähe von Kitas, Schulen und Seniorenheimen sowie Maßnahmen gegen den Drogenhandel und -konsum in der Öffentlichkeit. «Keine Zuhälterei, keine Ausbeutung von Frauen», heißt es weiter.

CDU für Verbot von Straßenprostitution in ganz Berlin

Auch die Berliner [CDU](#) macht sich für ein Verbot von Straßenprostitution stark, und zwar in der ganzen Stadt. Damit stößt sie auf Widerspruch bei der Opposition, aber auch beim Koalitionspartner SPD. Ihr Wahlprogramm will die CDU am Dienstag beschließen. Darin steht: «Wir wollen das Ende der Straßenprostitution in ganz Berlin und werden sie in einem ersten Schritt im Kurfürstenkiez und rund um den Nollendorfplatz verbieten.»

Es dürfe nicht länger hingenommen werden, dass ein Berliner Kiez unter Kriminalität, Verwahrlosung und massiven Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner leide. «Die staatliche Finanzierung von Verrichtungsboxen oder anderer Infrastruktur für das Geschäft von Zuhältern lehnen wir ab.»

Stettner (CDU): Kinder mit Ausbeutung, Sex, Drogen, Gewalt konfrontiert

CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** war mit dem Thema Ende Mai an die Öffentlichkeit gegangen: «Die Frauen werden unter unfassbaren hygienischen Bedingungen ausgebeutet, Kinder und

Jugendliche direkt mit gekauftem Sex, [Drogen](#), Gewalt konfrontiert», sagte er der «B.Z.». «Die CDU will das nicht.» Sein Fazit: «Wir müssen Straßenstriche in ganz Berlin verbieten.»

SPD: Verbot führt zu Verdrängung

Den Koalitionspartner von der [SPD](#) überzeugt das nicht. «Die CDU macht es sich mit dieser Forderung zu einfach. Wer glaubt, Straßenprostitution lasse sich durch ein Verbot lösen, verwechselt Symbolpolitik mit wirksamem Gewaltschutz», kritisierte die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Mirjam Golm.

«Die Realität verschwindet dadurch nicht – sie wird lediglich aus dem öffentlichen Raum verdrängt und für Hilfsangebote schwerer erreichbar.» Viele Frauen seien nicht freiwillig in der Prostitution tätig und häufig von Armut, Gewalt oder Menschenhandel betroffen, betonte Golm. «Gerade deshalb ist Verdrängung der falsche Weg.» Notwendig seien starke Hilfsangebote und echte Ausstiegsperspektiven.

Linke: Räume für Sexarbeit bereitstellen

Die Fraktionsvorsitzende der Linken, Anne Helm, erklärte, soziale Probleme bekämpfe man nicht mit dem Polizei- oder Strafrecht. «Neben der verschärften Repression gegenüber den Frauen führt das nur zur Verdrängung in anliegende Straßen oder Grünanlagen.» Helm forderte Unterstützungsangebote wie «Räume, in denen die Frauen ihrem Gewerbe nachgehen könnten».

Grüne: Situation verbessern

Für die Grünen teilte die Sprecherin für Gleichstellung, Bahar Haghanipour, auf dpa-Anfrage mit: «Sexarbeit ist gesellschaftliche Realität. Daher ist ein Verbot von Sexarbeit keine Lösung.» Die Forderung nach einem Sperrbezirk führe nur zur Verlagerung an andere, oftmals unkontrollierte Orte. Die Aufgabe müsse sein, die Situation vor Ort zu verbessern - für Nachbarinnen und Nachbarn, Sexarbeitende und alle Menschen im Kiez.

Die Situation im Kurfürstengiez sei geprägt von Obdachlosigkeit, psychischen Erkrankungen und Drogenkonsum. Die Forderung nach einem Sperrbezirk sei falsch. «Der Senat darf die Bezirke Mitte und Tempelhof-Schöneberg nicht länger alleine lassen.»

CDU: Innensenatorin kann handeln

CDU-Fraktionschef [Stettner](#) kündigte laut dem «Tagesspiegel»-Newsletter «Checkpoint» an, das Verbot solle schnellstmöglich umgesetzt werden, Innensenatorin Iris Spranger (SPD) könne das per Rechtsordnung erlassen. Die Senatsinnenverwaltung erklärte daraufhin, dazu sei eine Abstimmung mit den Senatsverwaltungen für Gesundheit, Bildung und Soziales nötig.

Datum: 09.06.2026	Medium: Tagesspiegel
Tagesspiegel	Autor: unbekannter Autor, im Telegramm Thema: Lars Bocian

Tagesspiegel Telegramm

Der CDU-Abgeordnete **Lars Bocian** sorgt sich darum, dass es **zu wenig Gastfamilien für Austauschschüler in Berlin** gibt.

Lieber Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/checkpoint/der-checkpoint-am-morgen-wie-kai-wegner-sein-politisches-gepur-verlor-15694388.html>

Datum: 10.06.2026	Medium: Tagesspiegel
Tagesspiegel	Autor: unbekannter Autor, im Telegramm Thema: Lars Bocian

Tagesspiegel Telegramm

Bis Ende des Jahres sollen dann insgesamt 118 „Waste-Watcher“ an Hotspots für Recht und Ordnung sorgen (Quelle: [AGH-Anfrage](#) von **Lars Bocian**, CDU). Sauber.

Lieber Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/checkpoint/der-checkpoint-am-morgen-berlin-ist-overperformer-15698701.html>

Datum: 11.06.2026	Medium: Die Zeit
Die Zeit	Autor: dpa Thema: Dirk Stettner

Abgeordnetenhauswahl

Berliner CDU-Fraktion reist zur Klausur in die Pfalz



CDU-Fraktionschef Dirk Stettner und die übrigen Abgeordneten seiner Partei reisen zusammen nach Rheinland-Pfalz. © Christoph Soeder/dpa

Die Abgeordneten der Berliner CDU-Fraktion gehen 100 Tage vor der Wahl zum Landesparlament auf Klausur in [Rheinland-Pfalz](#). Auf dem Programm steht die Beratung über mehr als 30 Anträge zu Themenbereichen wie Wohnen, Verkehr, Sicherheit, Bildung und Wirtschaft, wie die Fraktion mitteilte.

Bei der Tagung im Hunsrück wollen die Christdemokraten unter anderem über ein stadtweites Verbot des Straßenstrichs, Sicherheit im ÖPNV, Sauberkeit in [Berlin](#), mehr Neubau und die Stärkung des Mieterschutzes sprechen, wie CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** ankündigte.

Auch Senatsmitglieder reisen mit

An dem Treffen nehmen den Angaben zufolge auch die CDU-Senatsmitglieder sowie mehrere Bundestagsabgeordnete teil. Vorgesehen sei am Samstag auch ein Treffen mit dem neuen CDU-Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Gordon Schnieder.

Zum Begleitprogramm gehören die Kranzniederlegung am Grab des Berliner Ehrenbürgers und Alt-Bundeskanzlers Helmut Kohl in Speyer sowie ein Besuch des Hambacher Schlosses, der Wiege der deutschen Demokratiebewegung. Abfahrt in Berlin ist am Freitagvormittag, die Rückfahrt ist für Sonntagnachmittag vorgesehen.

Datum: 13.06.2026	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: my Thema: Johannes Kraft

Wer macht mit beim Gartenflohmarkt?

Französisch Buchholz. Am Sonntag, 21. Juni, laden die Pankower CDU-Abgeordneten Johannes Kraft und Lars Bocian erneut zu einem großen Gartenflohmarkt. Ab 10 Uhr sind alle Anwohner eingeladen, ihre Vorgärten, Einfahrten oder Garagen zu öffnen und den Kiez in einen großen Flohmarkt zu verwandeln. Wer mit einem Stand teilnehmen möchte, kann sich per E-Mail mit Namen und Adresse an kraft@johannes-kraft.de anmelden. Die Teilnahme ist kostenfrei. Eine Übersicht aller teilnehmenden Stände findet sich für alle Schnäppchenjäger im Internet unter www.johannes-kraft.de/gartenflohmarktbuchholz. **my**

Datum: 13.06.2026	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: my Thema: CDU-Fraktion Pankow

Einfacher an den Perso kommen

Pankow. Die CDU-Fraktion Pankow will die Abläufe in den Bürgerämtern transparenter und bürgerfreundlicher gestalten. Mit einem Antrag der Bezirksverordneten Antje Tölle fordert sie das Bezirksamt auf, den Prozess der Abholung von Ausweisdokumenten klarer zu strukturieren und effizienter zu organisieren. Derzeit ist für viele Bürger nicht eindeutig erkennbar, wie die Dokumentenabholung in den Bürgerämtern konkret abläuft. Dies führt zu Unsicherheiten, Fehlannahmen und Verzögerungen. So sollte auf der Webseite des Bezirksamtes künftig klar dargestellt werden, dass eine Abholung grundsätzlich auch ohne Termin möglich ist. Vor Ort sollte der Ablauf durch eine eindeutige Beschilderung zur Dokumentenausgabe verständlicher gestaltet werden. Im Warteraum sollte eine Anzeige darüber informieren, wann wartende Personen an der Reihe sind. Ferner sollte die Einrichtung von Dokumentenausgabeboxen geprüft werden. **my**

Datum: 13.06.2026	Medium: Die Zeit
Die Zeit	Autor: dpa Thema: Dirk Stettner

Abgeordnetenhauswahl

CDU-Fraktion will KI auf Polizeiportal einsetzen



Bei anonymen Online-Hinweisen an die Berliner [Polizei](#) soll nach einem Vorschlag der CDU-Fraktion bei der Bearbeitung künftig Künstliche Intelligenz (KI) zum Einsatz kommen. «Die Polizei Berlin steht vor der zunehmenden Herausforderung, die immer umfassendere Anzahl an Bürgerhinweisen zeitnah zu bewerten und operativ nutzbar zu machen», heißt es in einem Antrag der CDU-Abgeordneten an den Senat, den die Fraktion bei ihrer Klausurtagung in Stromberg in Rheinland-Pfalz beschlossen hat.

Das bisherige Hinweisgebersystem des Landeskriminalamtes (LKA) soll deshalb modernisiert und zu einem KI-gestützten Hinweisbearbeitungs- und Analysesystem weiterentwickelt werden.

Erkenntnisse gehen oft verloren

Aktuell könnten Hinweise oft wegen der hohen Informationsmengen und begrenzter Auswertungsressourcen nicht immer schnell genug bearbeitet und zusammengeführt werden. «Dadurch gehen wertvolle Erkenntnisse für die Ermittlungsarbeit verloren», kritisieren die Abgeordneten.

«Kriminelle nutzen längst modernste Technologien. Deshalb muss auch unsere Polizei die Möglichkeiten von Künstlicher Intelligenz rechtskonform nutzen können, um [Berlin](#) sicherer zu

machen», teilte CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** mit. «Mehr Sicherheit entsteht nicht durch mehr Bürokratie, sondern durch bessere Auswertung vorhandener Informationen.»
Bei der Klausur der Berliner CDU-Fraktion steht die Beratung über mehr als 30 Anträge zu Themenbereichen wie Wohnen, Verkehr, Sicherheit, Bildung und Wirtschaft auf dem Programm.

Datum: 06/2026	Medium: Bucher Bote
Bucher Bote	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

**Wiltbergstraße
offen lassen!**

*Keine Vollsperrung für
den Fuß- und Radverkehr
unter der Eisenbahn!*

*Jetzt informieren &
unterstützen:*
[johannes-kraft.de/
wiltbergstra%C3%9Fe](http://johannes-kraft.de/wiltbergstra%C3%9Fe)

Joh. Kraft
Ihr Johannes Kraft

Für Buch. Für Buchholz. Für Karow.
030/943 96 916
kraft@johannes-kraft.de  **CDU**

Datum: 06/2026	Medium: Bucher Bote
Bucher Bote	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

Vor der Wahl: Podiums- diskussion in Karow

Bereits im Jahr 2021 hatte der Bürgerverein »Wir für Karow e.V.« anlässlich der damaligen Wahlen eine gut besuchte Podiumsdiskussion veranstaltet. Fünf Jahre sind vergangen. Deshalb werden in diesem Jahr am 20. September das Berliner Abgeordnetenhaus und die Bezirksparlamente neu gewählt. Erstmals sind nun auch 16-Jährige wahlberechtigt. Der Verein »Wir für Karow« lädt Interessierte zur öffentlichen Diskussionsrunde mit Kandidaten für das Berliner Abgeordnetenhaus sowie für die Bezirksparlamente nach Karow ein. **Am Donnerstag, dem 18. Juni, um 18 Uhr** findet die Veranstaltung im Saal der Stadtmission Karow in Alt-Karow 8 statt. Es werden wieder etwa 200 Bürgerinnen und Bürger erwartet, zusätzlich soll die moderierte Diskussion per YouTube-Livestream übertragen werden (www.youtube.com/

[@burgervereinwirfurkarow7307](https://twitter.com/burgervereinwirfurkarow7307)). Bestimmte regionale Schwerpunktthemen strukturieren das Treffen. Ein besonderer Fokus wird auf Fragen des Ausbaus der Verkehrserschließung und der verträglichen städtebaulichen Entwicklung in Karow liegen.

Ihre Teilnahme zugesagt haben folgende Politikerinnen und Politiker (in alphabetischer Reihenfolge):

- AfD: Christian Buchholz und Herbert Mohr
- Bündnis 90/Die Grünen: Dr. Cordelia Koch und Bettina Jarasch
- CDU: Jörn Pasternack und Johannes Kraft
- Die Linke: Fred Borfeld und Max Häber
- FDP: Oliver Simon und Stefan Andresen
- SPD: Mike Szidat und Ronja Tietje

Datum: 06/2026	Medium: Bucher Bote
Bucher Bote	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

Kein Autoverbot

Vielen Dank für den Leserbrief zum Volksbegehren »Berlin autofrei« in der »BB«-Mai-Ausgabe. Da ich direkt angesprochen wurde, möchte ich meine Argumente vortragen, warum ich dagegen bin. Aber zunächst: Weniger Staus, bessere Luft und einen funktionierenden Nahverkehr, das wünschen sich wohl die meisten. Ich gehöre dazu. Viele Menschen in unserer Stadt sind auf das eigene Auto angewiesen. Aus der Perspektive fitter Menschen in der Innenstadt, wo der nächste Supermarkt um die Ecke, die U-Bahn vor der Tür und der Büroarbeitsplatz in 10 Minuten mit dem Rad zu erreichen ist, mag man kein Auto brauchen. Ganz anders sieht es in vielen Ortsteilen, wie bei uns in Buch, Karow, Blankenburg und Buchholz aus. Ein besseres Angebot der Öffis, der Ausbau von Radwegen und die Sanierung von Gehwegen – daran muss gearbeitet werden und das tun wir. Wir schaffen Angebote – ein Autoverbot lehne ich ab. Wäre das Volksbegehren erfolgreich, hätte das de facto Enteignung vieler Menschen bedeutet und den Parkdruck außerhalb des S-Bahn-Ringes massiv verschärft. Und der Aufwand für die Überwachung der 12 zulässigen Fahrten pro Jahr(!) ist unmöglich zu bewältigen. Die zusätzlich benötigten Busse würden 530 Mio. € pro Jahr kosten; 4.000 zusätzliche Fahrer wären nötig. Dieses Geld ist für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bei uns am Stadtrand deutlich besser angelegt.

Johannes Kraft, Karow

FOTO: PRIVAT

Bucher Bote

Aktuell

Mitbestimmung bei Verkehrssicherheit



FOTO: KRISTIANE SPITZ

Vor-Ort-Termin gegenüber der Grundschule Am Sandhaus mit Bucher Kindern, der Stadträtin Manuela Anders-Granitzki und dem Abgeordneten Johannes Kraft.

Ampelschaltung auch im Röbellweg in Buch ist das Ziel eines BVV-Antrags

Die 9-jährige Lia schrieb einen Brief an Johannes Kraft, der CDU-Wahlkreisabgeordneter ist und unter anderem im Ausschuss für Mobilität und Verkehr des Abgeordnetenhauses sitzt. »Ich möchte Sie fragen, warum es eigentlich an den Straßen, die zur Grundschule am Sandhaus und zur Montessori-Grundschule führen keine Ampeln Oder Zebra Streifen gibt? Damit wir Kinder sicher in die Schule kommen. Denn ich habe, wenn ich allein die Straße überquere Sorge von einem Auto an gefahren zu werden, hier mein Vorschlag, ich freue mich von ihnen zu hören. Lia«. Es folgt eine Bleistiftskizze mit fünf eingezeichneten Zebrastreifen, die über den Röbellweg, die Kleine Wiltbergstraße (am Bahnhof) und die Wiltbergstraße führen.

Johannes Kraft ließ von sich hören. Der Karower lud Ende April gemeinsam mit der Pankower Stadträtin für Ordnung und öffentlichen Raum, Manuela Anders-Granitzki, zu einem Vor-Ort-Termin an der Wiltbergstraße/Ecke Röbellweg ein. Auch viele Eltern sind gekommen, die sich mehr Verkehrssicherheit für ihre Kinder wünschen. Der Punkt, um den es

vorrangig geht, ist die gefährliche Situation an eben dieser Kreuzung. Autos, die aus dem Röbellweg kommen und in die Wiltbergstraße biegen wollen, übersehen all zu oft die rechterhand gelegene Ampelanlage an der Wiltbergstraße. Insbesondere wenn sie für Autos auf Rot geschaltet ist, wird es gefährlich für Fußgänger, die dann die Straße überqueren. Zwar wurde sie kürzlich aufgrund des Engagements des Fördervereins der Grundschule Am Sandhaus und der Stadtteilgruppe von B90/Grüne ein wenig in Blickrichtung gedreht (»BB« berichtete), doch ausreichend ist das nicht, wie mehrere Kinder erzählen. Immer wieder erlebten sie, dass Autofahrer die rote Ampel übersehen und einfach abbiegen. Ein Junge sagt: »Ich musste meinen Freund neulich festhalten, weil ein Auto einfach gefahren ist, obwohl wir Grün hatten«. Ein Mädchen berichtet davon, dass ein Junge aus der Schule sogar angefahren wurde. Wie, um ihre Berichte zu demonstrieren, stehen just in diesem Moment zwei Autos im Röbellweg, das hintere hupt, weil das erste nicht losfährt, doch die Ampel steht auf Rot...

Aus Sicht von Johannes Kraft ist die effektivste und schnellste Maßnahme für mehr Sicherheit die Installation einer temporären Ampelanlage: »Die bestehende wird ausgeschaltet, dafür müssen

zwei aufeinander abgestimmte temporäre Ampeln über die Wiltbergstraße und über den Röbellweg führen.« So lange, wie die Brückendurchfahrt auf der Wiltbergstraße gesperrt sei - vorerst bis 2028 - wäre das die optimalste Lösung, glaubt er. Zebrastreifen seien eine ebenso gute Idee, außerdem müssen sie einen gewissen Abstand von der Kreuzung haben und seien für BVG-Busse eher problematisch.

Der Bucher Martin Lang schlägt vor, ein großes Piktogramm auf die Straße im Röbellweg zu malen in Form einer Ampel. Das werde wahrgenommen und spare die Kosten für eine zweite Ampel. Er habe das bereits der Senatsverwaltung vorgeschlagen. Johannes Kraft ist angetan. »Piktogramme haben eine viel bessere Wirkung als Verkehrsschilder, da gibt es Untersuchungen«, sagt er und schlägt vor, beide Maßnahmen zu koppeln.

Der Antrag für eine temporäre Doppelampelschaltung ist von der CDU-Fraktion in die Pankower Bezirksverordnetenversammlung eingereicht worden. Am 20. 5. wurde er dort beschlossen. Wie geht es nun weiter, denn der Bezirk ist in der Sache nicht genehmigungsfähig. Die Wiltbergstraße wird vom Senat verwaltet, aber da die Deutsche Bahn derzeit hier ihr Bauvorhaben umsetzt, muss sie sich um die Auswirkungen - auch auf die Verkehrssicherheit - kümmern.

»Dem Bezirksamt wurde empfohlen, sich nicht nur an den Senat zu wenden, sondern auch an die Bahn. Genehmigen muss es die Senatsverwaltung, bezahlen muss es wahrscheinlich die DB«, schätzt Kraft die Lage ein. Auch die Stadträtin bekräftigt, das Thema nun schnell voranbringen zu wollen und dem Senat und der DB zu schreiben. »Und die Stadträtin kann schnell schreiben«, betont sie lächelnd. Johannes Kraft verspricht sich parallel einzusetzen. Wunschziel der Umsetzung wäre der Schuljahresbeginn, zumindest aber noch in diesem Jahr.

Eine Frau wirft ein weiteres Problem auf: »Irgendwann ist hoffentlich einmal die Bahn-Baustelle fertig und der Verkehr auf der Wiltbergstraße wird wieder zunehmen. Wir brauchen dringend auch im Bahnhofsbereich Zebrastreifen.« Zum einen in der Kleinen Wiltbergstraße und auch zur Mittelinsel auf der Wiltbergstraße hin. »Ich bleibe dran«, verspricht Johannes Kraft.

Kristiane Spitz

Sch
B
B
ken. Zum B
wie eigentl
schaften ur
ihren Nam
sind. So n
existiert n
hunderter
einer Zeit,
Leute w
schreiber
sen die B
tismus un
le der Kle
hand na
ligsten N
Möglich
Schönw
besond
das D
Namer
muss t
ren, a
kann
schör
näch
Dopj
sehr
Den
wen
trak
dur
urr
Sel
da
di
ni
w
is
I

Datum: 06/2026	Medium: Bucher Bote
Bucher Bote	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

Mehr Schulwegsicherheit

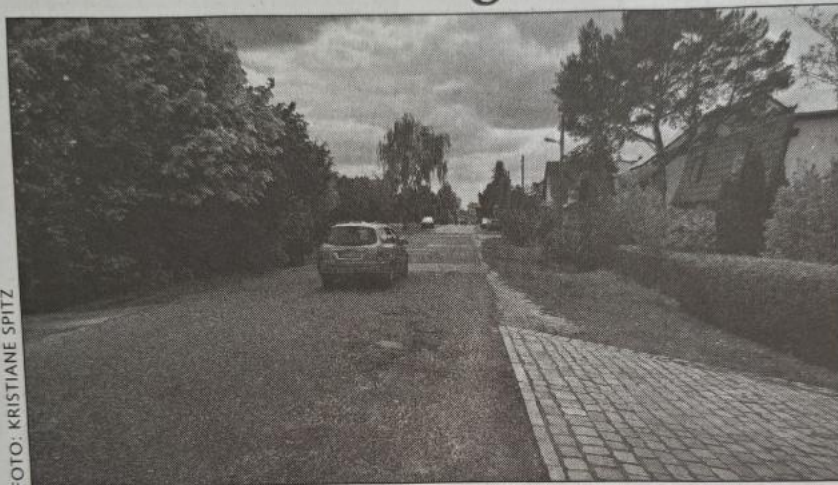


FOTO: KRISTIANE SPITZ

Die Straße 52 in Karow ist lang und gerade – und verleitet zum Schnellfahren.

Die Straße 52 im Osten Karows leidet seit längerer Zeit unter starkem Durchgangsverkehr. Trotz Tempo-30-Regelung wird häufig zu schnell gefahren, begünstigt durch lange und gerade Straßenverläufe. Wahlkreisabgeordneter Johannes Kraft (MdA) spricht vom »Allee-Effekt«. Gleichzeitig verfügt nur ein Teil der Wohnstraßen im Wohngebiet über befestigte Gehwege, sodass Fußgänger oftmals die Straße mitbenutzen müssen.

Der CDU-Abgeordnete setzt sich deshalb für mehr Sicherheit und Verkehrsberuhigung im Wohngebiet rund um die Straße 52 ein. In einem von der CDU-Fraktion Pankow in die BVV eingebrachten Antrag wird das Bezirksamt Pankow aufgefordert, Maßnahmen zur Verbesse-

rung der Verkehrs- und insbesondere der Schulwegsicherheit zu prüfen und schrittweise umzusetzen. Maßnahmen könnten sein: versetzte Fahrbahneinengungen sowie zusätzliche Bepflanzungen mit Bäumen und Sträuchern entlang der Fahrbahn, die den Straßenraum optisch verengen und so zur Geschwindigkeitsreduzierung beitragen würden. Zudem sollen die teilweise stark verblassten Tempo-30-Schilder erneuert und durch gut sichtbare Fahrbahnmarkierungen ergänzt werden.

»Ich habe die vorgeschlagenen Maßnahmen gemeinsam mit Anwohnern bei einem Vor-Ort-Termin erarbeitet«, erklärt Kraft. »So wollen wir die Situation spürbar verbessern und den Kiez für alle sicherer machen.«

K. S.

Datum: 14.06.2026	Medium: Die Zeit
Tagesspiegel	Autor: dpa Thema: Dirk Stettner



Erprobung auf den Linien U5, U7, U8? Berliner CDU will Zugangssperren zur U-Bahn testen lassen

Die Berliner CDU-Fraktion macht sich für Zugangssperren bei der U-Bahn stark – und dafür, das zunächst auf einzelnen Linien wie der U5 auszuprobieren. Das Konzept geht aber noch deutlich weiter.

Die Berliner CDU-Fraktion spricht sich für die Erprobung von Zugangssperren bei der Berliner U-Bahn aus. „Das langfristige Ziel ist der Aufbau eines durchgängig modernisierten, automatisierten und geschlossenen U-Bahn-Systems“, heißt es in einem Antrag an den Senat, den die Abgeordneten bei ihrer Klausurtagung in Stromberg (Rheinland-Pfalz) beschlossen haben.

Der Weg zu U-Bahnsteigen soll künftig nur noch über kontrollierte Zugänge möglich sein. „Ein geschlossenes U-Bahn-System mit Zugangssperren bietet zahlreiche Vorteile für Fahrgäste, Verkehrsbetriebe und die öffentliche Sicherheit“, argumentiert die CDU-Fraktion. „In einem ersten Schritt soll das geschlossene System auf den U-Bahn-Linien 5, 7 und 8 eingeführt und erprobt werden.“

Später sollen weitere Linien dazukommen

Die Erfahrungen damit sollen dann die Grundlage dafür sein, das Konzept weiterzuentwickeln und auf andere Linien auszuweiten. „Wir wollen die Berliner U-Bahn sicherer, sauberer und verlässlicher machen. Ein geschlossenes U-Bahn-System mit kontrollierten Zugängen kann dazu beitragen, Schwarzfahren zu erschweren, Vandalismus zu reduzieren und das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste spürbar zu stärken“, sagte CDU-Fraktionsvorsitzender **Dirk Stettner** der Deutschen Presse-Agentur. „Unser Ziel ist eine moderne U-Bahn, die besser gesteuert werden kann, zuverlässiger fährt und jeden Tag mehr Vertrauen bei den Berlinerinnen und Berlinern schafft.“

Nach den Vorstellungen der CDU-Fraktion sollen U-Bahnsteige grundsätzlich nur noch mit einem gültigen Fahrschein betreten werden können – Fahren ohne Ticket ist dann nicht mehr so leicht möglich wie bisher.

„Dadurch steigen die Fahrgeldeinnahmen und es müssen weniger Ressourcen für aufwendige Fahrscheinkontrollen eingesetzt werden“, argumentierten die Abgeordneten. „Auch Sauberkeit und Ordnung profitieren von einem geschlossenen System.“

Außerdem sei ein geschlossenes System die Grundlage für künftige digitale Tarifmodelle. „Fahrgäste können beispielsweise automatisch nach tatsächlich gefahrenen Strecken abrechnen“, argumentieren die Parlamentarier, die sich für eine umfassende technologische Modernisierung der Berliner U-Bahn aussprechen.

Dabei stehe der Aufbau eines digital unterstützten, vorausschauenden Betriebsmanagements im Mittelpunkt. „Dazu zählen insbesondere digitale Überwachungssysteme zur Echtzeitsteuerung von Betrieb und Sicherheit, KI-gestützte Analysen von Fahrgastströmen und sicherheitsrelevanten Situationen.“ (dpa)

Datum: 19.06.2026	Medium: RBB
rbb 24	Autor: Jonas Ziegler Thema: Dirk Stettner

Längere Öffnung, weniger Ausschreibungen

Berliner Parlament beschließt Änderungen für Gaststätten und bei Auftragsvergabe

Fr 19.06.2026, 10:41 Uhr



Das Berliner Abgeordnetenhaus hat neue gesetzliche Regelungen für Gaststätten sowie die Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen beschlossen. Künftig dürfen Restaurants, Cafés und Bars in sogenannten Ausgehvierteln der Stadt länger draußen bedienen: Sonntag bis Donnerstag bis 23 Uhr, Freitag und Samstag bis Mitternacht.

Welche Bereiche der Stadt als "Ausgehviertel" deklariert werden, entscheidet sich im nächsten halben Jahr, sagte Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (SPD) dem rbb am Freitag. Mit Beginn des nächsten Jahres werde das Gesetz dann in Kraft treten.

Kritik von Anwohnern und Anwohnerinnen, dass mit der Lockerung der Öffnungszeiten deren Nachtruhe gestört werde, entgegnete Giffey, die neue Regelung stelle zwar einen Vertrauensvorschuss für die Gastronomie dar. Das Recht der Anwohner auf Lärmschutz würden aber weiter gelten - und eine Genehmigung könne auch wieder entzogen werden. Es gehe hauptsächlich darum, es der Gastronomie leichter zu machen, das Lebensgefühl in der Stadt zu gestalten, so Giffey bei radioeins.

Auftragsvergabe neu geregelt

Darüber hinaus hat das Landesparlament das Vergabegesetz geändert. So dürfen öffentliche Aufträge bis zu einer bestimmten Summe demnächst ohne Ausschreibung vergeben werden. Außerdem

müssen Unternehmen künftig bei allen öffentlichen Aufträgen bereits ab 1.000 Euro nach Tarif zahlen.

Die Schwellenwerte wurden bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen von 10.000 auf 75.000 Euro angehoben, für Bauleistungen sogar von 50.000 auf 500.000 Euro. Damit will die schwarz-rote Regierungskoalition die Vergabe öffentlicher Aufträge erleichtern und beschleunigen. Für kleine und mittlere Unternehmen soll es so leichter werden, öffentliche Aufträge zu bekommen.

Stettner: Vergaberecht war bisher wirtschaftsfeindlich

Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (SPD) sagte, die Anhebung der Wertgrenzen sei ein wichtiger Schritt - genau wie die Berücksichtigung der Tariftreue. "Starke Wirtschaft und gute Arbeit gehören zusammen. Das haben wir mit der Reform des Vergabegesetzes berücksichtigt."

Der CDU-Fraktionsvorsitzende **Dirk Stettner** kritisierte, das Vergaberecht in Berlin sei bisher das wirtschaftsfeindlichste Deutschlands gewesen. Künftig müsse es Unternehmen möglichst leicht gemacht werden, öffentliche Aufträge zu bekommen.

Während die Koalitionsfraktionen SPD und CDU die neue Regelung als Bürokratieabbau lobten, gab es von Seiten der Opposition auch Kritik: Der Linken-Politiker Damiano Valgolio kritisierte etwa, dass die Änderung soziale Vergabekriterien wie den Vergabemindestlohn aushebele.

IHK-Präsident: Gut gemeint nicht gleich gut gemacht

Kritik gab es auch aus der Wirtschaft: "Die Überarbeitung des Vergabegesetzes ist leider erneut ein Beispiel dafür, dass gut gemeint und gut gemacht nicht zwangsläufig dasselbe sind", monierte der Präsident der Berliner Industrie- und Handelskammer (IHK), Sebastian Stietzel.

Mit der verabschiedeten Novelle werde die Situation verschärft - vor allem durch die Absenkung der Wertgrenze für die Anwendung der Tarifbindung bei Liefer- und Dienstleistungen von 10.000 auf 1.000 Euro. "Das wird im Ergebnis 80 Prozent der Berliner Unternehmen faktisch von öffentlichen Aufträgen ausschließen", warnte Stietzel. Die Nicht-Tarifbindung sei Ausdruck der kleingewerblich und mittelständisch geprägten Berliner Wirtschaftsstruktur, nicht mangelnder Fairness.